

Forschungszentrum kostet HSR und Stadt 10 Millionen

Die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) soll ein Forschungszentrum erhalten. Der Kantonsrat genehmigte gestern gar eine Solaranlage auf dessen Dach. Auch Stadt und HSR werden tief in die Tasche greifen müssen.

Von Marc Allemann

St. Gallen. – Jährlich schreiben sich über 100 neue Studenten an der HSR in Rapperswil-Jona ein. Die Fachhochschule platzt laut eigenen Angaben aus allen Nähten. Innert zwölf Jahren hat sich die Anzahl Studierende mehr als verdoppelt. Derzeit besuchen über 1450 Studenten die Fachhochschule – in vier Jahren sollen es laut einer Hochrechnung bereits 1550 sein.

Die gleiche Rede von jeder Fraktion

Das auf dem Curtgut geplante Forschungszentrum soll die akute Raumnot an der HSR lindern. Im Forschungszentrum, das auf einer Fläche von rund drei Fussballfeldern geplant ist, sollen Institute und ihre Laborkontainer untergebracht werden.

Beinahe alle Kantonsräte waren sich gestern einig, dass das Forschungszentrum notwendig ist und dringend gebaut werden muss. Die FDP konzentrierte sich auf das wirtschaftliche Potenzial, das die Zusammenarbeit von Forschung und Privatwirtschaft in sich birgt. Das starke Wachstum der HSR sei zu begrüssen.

In groben Zügen wiederholten die anderen Fraktionen die gleiche Rede. «Als wir die HSR besichtigten, konnten wir mit eigenen Augen sehen, wie derzeit improvisiert werden muss, um mit der steigenden Anzahl von Studierenden fertig zu werden», sagte SP-Kantonsrat Josef Kofler (Uznach). Auch Toni Jöhl (Amden) stellte sich im Namen der SVP hinter das Forschungszentrum: «Es ist wichtig, dass es schnell weitergeht.»

In der Schublade verschwunden

Bei dieser Einigkeit mag es erstaunen, dass das «dringend notwendige»



Das Bildungszentrum wächst: Die HSR soll ein Forschungszentrum erhalten (rechts im Bild).

Projekt bereits seit 2008 vorliegt. Dies veranlasste Yvonne Suter (Rapperswil-Jona) im Namen der CVP-Fraktion zu bedauern, dass ein «fix-fertiges Investitionsprojekt so lange in den Schubladen des Kantons gehortet wurde».

Verzögert haben den Bau unter anderem erfolglose Verhandlungen mit den Kantonen Schwyz und Glarus. Die bisherigen Trägerkantone der HSR wollen sich nicht auf eine Beteiligung am Projekt festlegen. Sie wollen zuerst die neue Trägervereinbarung abwarten, die bis 2016 festgelegt werden soll.

Regierung, Stadt und HSR haben sich darum vorerst für den Alleingang

entschieden. Dies ist möglich, weil der Bund dem 41,9 Millionen Franken teuren Projekt mit 9,5 Millionen unter die Arme greift. Die HSR beteiligt sich mit 8,5 Millionen, die sie mit ihrer Forschungsarbeit für Private selber erwirtschaftet hat. Die Stadt Rapperswil-Jona steuert zwei Millionen an das imageträchtige Vorhaben bei.

Auch wenn das millionenschwere Projekt unumstritten war, entbrannte trotzdem eine Diskussion. Die vorberatende Kommission hatte eine Krediterhöhung von 600 000 Franken beantragt. Damit soll eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Forschungszentrums finanziert werden. Im Fall der HSR dränge

sich die Nutzung von erneuerbaren Energien auf, zumal die Schule einen Lehrgang in diesem Bereich anbiete.

Die SVP-Fraktion war grundsätzlich einverstanden. Aber eben nur grundsätzlich. Statt einer Krediterhöhung forderte sie, die im Kostenvoranschlag einkalkulierte Reserve von 1,1 Millionen Franken für die Solaranlage zu verwenden. Das Anliegen fand bei den anderen Fraktionen und beim Bauchef Willi Haag aber kein Gehör. «Das ist ein schräger Antrag. Etwas, das man zusätzlich bestellt, muss man auch bezahlen», sagte Haag. Der Antrag wurde mit 67 zu 37 Stimmen abgelehnt.

Auch chancenlos war ein Antrag der Grünen, das Forschungszentrum in einem noch strengeren Minergiestandard zu bauen, als bereits vorgesehen. Ein Kantonsrat nach dem anderen wollte sich zu diesem Randthema äussern, bis ein Ordnungsantrag die Diskussion jäh beendete.

KOMMENTAR 5. SPALTE



«Es ist wichtig, dass es schnell mit dem Projekt weitergeht»

Toni Jöhl ist SVP-Kantonsrat aus Amden.

Regierung muss weitere 200 Millionen sparen

Diesmal ist es gar 200 Millionen Franken schwer: Der Kanton schnürt ein weiteres Sparpaket. Das beschloss der Rat am Dienstag bei der Behandlung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) für die Jahre 2013 bis 2015.

St. Gallen. – Der AFP sieht Defizite zwischen 268 und 305 Millionen Franken vor. Dass diese prognostizierten tiefroten Zahlen realistisch sind, daran zweifelte im Kantonsrat niemand. Uneinigkeit herrschte bei der

Suche nach den Gründen für diese Defizite und nach möglichen Lösungen, wie diese gemildert werden könnten.

Für die Fraktionen von SP und Grünen/EVP/Grünliberalen war glasklar: Die Steuersenkungen der vergangenen Jahre sind die Ursache für die schwierige finanzielle Situation des Kantons. Dieser habe eindeutig ein Einnahmenproblem.

Anders die Bürgerlichen: Für FDP, CVP und SVP ist der regelmässige Anstieg der Ausgaben der Hauptgrund für die im AFP 2013–2015 prognostizierten grossen Defizite. Für sie stand

ein neuerliches Sparpaket deshalb ausser Diskussion.

Entscheid im Juni

Für Finanzdirektor Martin Gehrer (CVP) sind die Gründe auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite zu suchen, wie er im Parlament sagte. Das zeige auch ein externer Bericht des BAK Basel (Basel Economics AG). Gehrer sagte, deshalb kämen Regierung und Parlament trotz des Sparpakets nicht umhin, alsbald auch wieder über eine weitere Erhöhung des Staatssteuerfusses reden zu müssen.

Das neuerliche Sparpaket beantragt

hatte die Finanzkommission. Der Kantonsrat stimmte dem 200-Millionen-Sparpaket in der Abstimmung über den AFP 2013–2015 mit 81 zu 21 Stimmen deutlich zu. Das Sparpaket II wurde am Dienstag aber erst formell beschlossen. Geschürt und abgeschickt wird es in der Junisession. Dann wird der St. Galler Kantonsrat über die konkreten Sparmassnahmen entscheiden.

Schon 2011 hatte das Parlament Sparpakete im Umfang von 140 Millionen Franken verabschiedet; ungefähr 30 Millionen Franken wurden beim Personal gestrichen. (sda)

Lehrer erhalten eine Ferienwoche mehr

St. Gallen. – Die Lehrer im Kanton haben ab dem Schuljahr 2012/2013 zwei Wochen Weihnachtsferien. Das hat der Kantonsrat am Dienstag bei der Behandlung eines Nachtrags zum Volksschulgesetz beschlossen. Ein umstrittener Pensen-Artikel im Gesetz wurde an die Regierung zurückgewiesen. Eine Massnahme sah vor, die Pensen der Lehrkräfte bei gleichem Lohn zu reduzieren. Die Mehrheit der Teilzeit angestellten Lehrer sollte aber nicht vom reduzierten Pensum profitieren. Lehrerverband und Gewerkschaft hatten der Regierung vorgeworfen, sich nicht an ihre Versprechen zu halten. (sda)

ANZEIGE



Stressless

Sessel und Sofas – Entspannung pur!

Sparen Sie mit dem Original!
Jetzt verschiedene attraktive Frühjahrs-Angebote



THE INNOVATORS OF COMFORT™

Grösstes Stressless-Studio in der Region

möbel abu bernet

Wohnideen aus Uznach